

Hartwig Löger  
Bundesminister für Finanzen



Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 28. März 2018  
GZ. BMF-310205/0009-GS/VB/2018

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 235/J vom 31. Jänner 2018 der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Abhängig vom Fortschritt der bulgarischen Präsidentschaft wird Österreich die Arbeit fortsetzen und die offenen Gesetzgebungsverfahren vorantreiben. Themen für den Bereich des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) aus heutiger Sicht werden dabei u.a. die weitere Risikoverringung im Bankensektor, die Sicherstellung einer wirksameren Besteuerung der digitalen Wirtschaft, die Einführung einer gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage sowie die Modernisierung der Mehrwertsteuer betreffen.

Zu 2.:

Die inhaltlichen Schwerpunkte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft werden im nationalen Vorsitzprogramm definiert, das kurz vor Vorsitzübernahme präsentiert wird. Die wichtigsten Themen im ECOFIN-Rat betreffen die Vollendung der Bankenunion sowie die Errichtung der Kapitalmarktunion, die weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Koordination der Steuerpolitik sowie den EU-Haushalt für 2019.

Außerdem werden die Finanzminister und Finanzministerinnen eng in die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) eingebunden sein.

Zu 3., 4. und 7.:

Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im 2. Halbjahr 2018 ist aus derzeitiger Sicht beabsichtigt im Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis 28. Februar 2019 in der BMF-Zentraleitung maximal 34 Stellen mit Vertragsbediensteten, welche auf sondervertraglicher Basis befristet aufgenommen werden, zu besetzen. Mit 1. Februar 2018 waren 29 Stellen besetzt. Davon sind 2 Stellen der Entlohnungsgruppe v3, 2 Stellen der Entlohnungsgruppe v2 und 25 Stellen der Entlohnungsgruppe v1 zuzuordnen.

Zu 5.:

Es ist nicht beabsichtigt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im 2. Halbjahr 2018 zusätzliche Planstellen „in Brüssel“ einzurichten. Aus derzeitiger Sicht werden an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union in Brüssel im Wege von Entsendungen zusätzlich 9 Stellen befristet und teilweise alternierend bis längstens 28. Februar 2019 besetzt.

Zu 6.:

Im Bereich des BMFs gibt es keine Beamtinnen und Beamte aus anderen Ländern, die im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft entliehen wurden.

Zu 8.:

Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft findet sowohl auf technischer als auch politischer Ebene ein permanenter Austausch mit den genannten Institutionen statt.

Zu 9. bis 12.:

Es wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 225/J vom 31. Jänner 2018 durch den Herrn Bundeskanzler verwiesen.

Zu 13.:

Die geplanten Lokalitäten umfassen die PKF (Permanente Konferenzfazilität) im ACV sowie die Räumlichkeiten des BMF und der Bundesfinanzakademie (BFA).

Zu 14.:

Die Kosten werden derzeit noch endverhandelt.

Zu 15. bis 17.:

Es wird auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 225/J vom 31. Jänner 2018 durch den Herrn Bundeskanzler verwiesen.

Zu 18.:

Für die Vorbereitung und Umsetzung des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im 2. Halbjahr 2018 sind folgende Informationstätigkeiten geplant:

Die Webseite des BMF ([www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at)) – insbesondere die englische Version – wird für die Kommunikation aller relevanten EU-Informationen genutzt. Im Hinblick auf die EU-Ratspräsidentschaft wurde schon im Jahr 2017 ein eigenes Kapitel für Europa und Internationales erstellt. Hier sollen vor allem alle EU Finanz-Hauptthemen in einer verständlichen Sprache präsentiert werden, so dass die Bevölkerung generell über das Programm, die Prioritäten und die Ergebnisse informiert wird.

Die Seite soll mit der Ratsvorsitz-Hauptseite ([www.eu2018.at](http://www.eu2018.at)) verlinkt werden und eine intensive Zusammenarbeit mit der allgemeinen Ratsvorsitzhomepage soll ebenso erfolgen, um Redundanzen zu vermeiden.

Außerdem werden regelmäßig Informationen an das Web Team des Exekutivsekretariats (ESiat) weitergeleitet und deren Templates für den Newsbereich und den Veranstaltungskalender werden rechtzeitig befüllt und übermittelt.

Ebenso soll es eine proaktive Pressearbeit geben, z.B. Pressenaussendungen sowie gelegentlich Pressekonferenzen vor und/oder nach einem Event.

Zu 19.:

Bislang wurden Hotels für Veranstaltungen gebucht und der Busbedarf wurde bei der BBG angemeldet, die Cateringverträge werden derzeit verhandelt.

Zu 20.:

Es werden vermutlich noch Aufträge bezüglich Technik vergeben werden.

Zu 21.:

Da bei keiner der Veranstaltungen der Wert einer Dienstleistung die Schwelle von 100.000 Euro übersteigt, mussten keine Ausschreibungen vorgenommen werden.

Zu 22.:

Bisher wurden keine Beratungsverträge abgeschlossen.

Zu 23. und 24.:

Bis zur Beschlussfassung des endgültigen BFG 2018/19 können diesbezüglich keine endgültigen Aussagen getroffen werden

Zu 25.:

Alle Maßnahmen unterliegen gemäß geltendem Haushaltsrecht den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Bundesminister:  
Hartwig Löger  
(elektronisch gefertigt)



